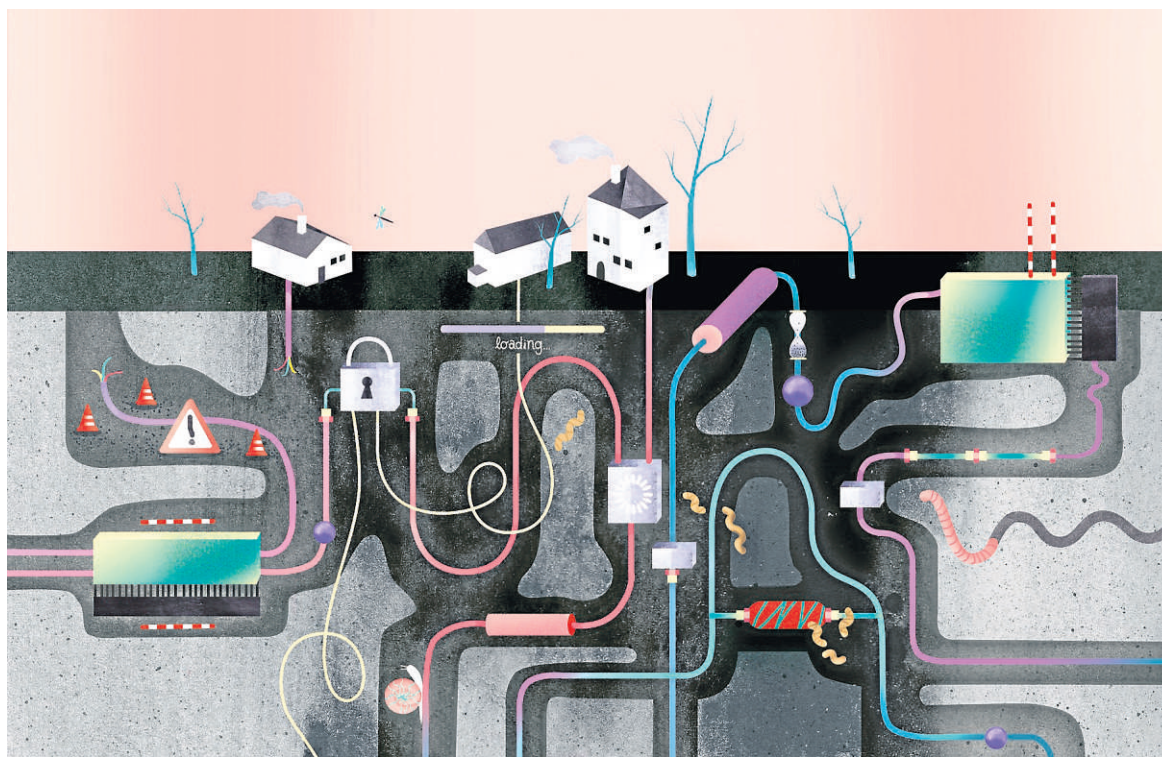


## Netz-Teil

Anke und Daniel Domscheit-Berg

# Analoge Innenansichten



Im Bundestag gibt es den Ausschuss „Digitale Agenda“, der die schöne Abkürzung „ADA“ trägt, wie Ada Lovelace, die die erste Programmiersprache erfand. Dorthin war ich als Sachverständige zu einem öffentlichen Fachgespräch zum Thema „Digitalisierung in Kommunen“ geladen. Wenige Tage vor dem Ausschuss trafen 34 Fragen in zehn Kategorien ein, darunter so umfangreiche wie „Welches Potenzial haben digitale Strategien besonders im ländlichen Raum, um das bürgerschaftliche Engagement zu stärken oder Angebote im Bereich Mobilität, regionale Wirtschaft, Handel, Arbeit und Wertschöpfung, digitale Bildung, E-Health, Digitalisierung der Energiewende, Smart Country etc. zu schaffen?“ Die folgenden Nächte wurden lang, jede noch so kleine Lücke im Terminkalender für Fragenbeantwortung genutzt. Wenn man schon einmal dazu beitragen kann, dass Abgeordnete eine gute Grundlage für ihre politische Arbeit erhalten, ist es Bürgerpflicht, das Beste dafür zu geben.

Gut vorbereitet erschienen wir fünf Sachverständige: zwei Bürgermeister, der Sprecher des Städte- und Gemeindebundes, ein Wissenschaftler – alles Männer – und ich, die ich wohl eine Mischung aus NGO, digitalem Start-up und allen Frauen, die Expertise zu diesem Thema haben, vertrat. Etliche Namensschilder von Ausschussmitgliedern waren leider verwaist, kurz vor Ende hörten uns nur noch fünf Mitglieder des Ausschusses zu, plus Vor-



Hier schreiben Anke und Daniel Domscheit-Berg, zwei notorische Netzaktivisten, Start-up-Unternehmer und Weltverbesserer. Mehr zum Thema dieser Woche gibt es online: <https://www.bundestag.de/blob/476016/4f9ace3a90f7fce2d53b2b43ea3642fd/stellungnahme-domscheit-berg-data.pdf>

sitz und Sekretariat. Auf dem Besucherang saßen mehr. Das deprimiert. Es deprimiert, wie die vielen leeren Sitze im Bundestag, wenn man Aufnahmen von Debatten in der Tagesschau sieht. Es tut weh, 40 Bundestagsabgeordnete zu zählen, wenn massive Einschränkungen von Bürgerrechten abgestimmt werden oder (wie jüngst geschehen) illegale Aktivitäten eines deutschen Geheimdienstes durch Gesetzesänderungen legitimiert werden.

Bisher habe ich mir immer gesagt: Die, die fehlen, sind sicher in den Fachausschüssen. Der Ausschuss „Digitale Agenda“ hat aber 16 Mitglieder plus 16 Stellvertreter, die fünf, die bis zum Schluss aushielten, waren nur 16 Prozent davon. Man könnte meinen, was die Sachverständigen zu sagen haben, wollten doch nicht so viele hören. Oder die meisten Abgeordneten lesen lieber schriftliche Stellungnahmen und meiden das Fachgespräch.

Da alle fünf Experten ihre Kalender auf den Kopf gestellt haben, um diesen Monsterfragebogen zu beantworten, gab es viel zu lesen. Aber mit Papier kann man nicht reden. Fachgespräche sind aber genau dafür da: Fragen stellen, sich austauschen, debattieren. Dachte ich jedenfalls. In der Praxis ist so eine Anhörung bis zur Erstarrung formalisiert. Als Sachverständige darf man exakt fünf Minuten ein Statement abgeben. Eine riesige herunterzählende Sekundenanzeige und der Gong beim Ablauf der Zeit stellen sicher, dass niemand überzieht.

Nach den Statements darf jede Fraktion an genau eine Sachverständige oder einen Sachverständigen eine oder mehrere Fragen stellen – je Fragerunde, es gab drei Runden. Wer auserwählt wurde, durfte exakt drei Minuten antworten – egal wie viele Fragen man bekam. So hatte ich 60 Sekunden für eine Frage nach der Finanzierbarkeit des Breitbandausbaus in der Fläche, 60 Sekunden für gute eGovernment-Beispiele und noch mal 60 Sekunden für Online-Bürgerbeteiligungen.

Man stellt sich die Frage, wie viel Erkenntnisgewinn bei solchen Anhörungen möglich ist. Ein „Fachgespräch“ zwischen Fragestellern und Antwortenden oder gar eine Debatte untereinander waren ausgeschlossen, denn weder waren Nachfragen erlaubt noch Reaktionen von gerade nicht gefragten Sachverständigen. Im Lager der Sachverständigen fand nicht nur ich das befremdlich. So frage ich mich, was diese Art von Anhörungen bringt, auch wenn die Beteiligung für mich ein aufschlussreicher Einblick in den Parlamentsbetrieb war. Im Übrigen werden Sachverständige nach einer neun Jahre alten Richtlinie entschädigt. Es gibt 100 Euro für die Teilnahme (inklusive Reisezeiten) und 50 Euro für die schriftliche Beantwortung der Fachfragen, macht in diesem Fall 1,50 Euro pro Frage (abzüglich Steuern und Sozialversicherung). Man muss sich als Sachverständige die Beteiligung an der Demokratie leisten können. Viel wert ist sie unserem Parlament leider nicht.